Amts- und Anzeigeblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock

und dessen Umgebung.

Abonnement viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsbl." u. der Humor. Beilage „Seifenblasen" in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Erscheint wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Fernsprecher Nr. 210.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

54. Jahrgang.

№ 29. Donnerstag, den 7. März **1907.**

In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Handelsmanns und Schuhmachers **Karl Ernst Krauss** in **Unterstützengrün** wird zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zu Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke

der Schlußtermin

auf den 5. April 1907, vormittags 9 Uhr

vor dem hiesigen Königlichen Amtsgerichte bestimmt.

Eibenstock, den 4. März 1907.

Königliches Amtsgericht.

Die für das Jahr 1907 erbetenen **Leseholzscheine** sind im Polizeiamte bei Rückgabe der vorjährigen Scheine baldigst abzuholen.

Stadtrat Eibenstock, am 4. März 1907.

Hesse. L.

Die Haus- und Grundstücksbesitzer bez. deren Stellvertreter werden an **Reinhaltung** der **Bürgersteige** und **Schnittgerinne** von **Schnee** und **Eis** und an **Bestreuung** der **Bürgersteige** bei **Glätte** erinnert mit dem Bemerken, daß Zuwiderhandlungen bestraft werden.

Stadtrat Eibenstock, am 6. März 1907.

J. V. Justizrat **Landrock.** L.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Bezüglich der Zahlung der Diäten für die Reichstagsabgeordneten ist jetzt bestimmt worden, daß jeder Abgeordnete am 1. März 800 Mark erhielt, am 1. April 600 und am Schluß der Session 1000 Mark erhalten wird, für die dreimonatliche Tätigkeit von Mitte Februar bis Mitte Mai also 2400 Mark. Die Januar- und Februarraten sind also dem Reiche erspart geblieben infolge der Auflösung des Reichstages. Die Auszahlung an die neuen Abgeordneten erfolgte im Sinne des Diätengesetzes, das die genannten Ratenzahlungen für den 1. März, 1. April und den Schluß vorschreibt.

— Als feststand, daß Graf Ballestrem nicht mehr auf den Präsidentenstuhl des Reichstages zurückkehren würde, erörterte man bekanntlich in parlamentarischen Kreisen die Frage nach Repräsentationsgeldern für den Präsidenten und nahm mit ziemlicher Gewißheit an, daß solche in Höhe von etwa 30000 Mark gewährt werden müßten. Der in einer Vorstandssitzung jetzt festgestellte Etat des Reichstags für 1907/08 enthält diese Forderung aber nicht. Graf Stolberg hat nämlich ausdrücklich gebeten, wenigstens für diese Session von der Einstellung eines solchen Postens abzusehen.

— Zur Geschäftslage im Reichstage wird uns mitgeteilt, daß die Parteien des Reichstages darin übereingekommen sind, zunächst nach Beendigung der Etatberatungen, die voraussichtlich am Montag erfolgt, den Kolonialnachtragsetat zu erledigen. Alsdann werden die Interpellationen zur Erledigung gelangen soweit die Reichsregierung sich bereit erklärt, sie schon jetzt zu beantworten. Voraussichtlich wird zunächst die Interpellation über das Weingesetz beraten werden, alsdann die Interpellation über die Schiffahrtsabgaben. Die von nationalliberaler Seite eingebrachte Interpellation wegen des Standes der Pensionsversicherung der Privatbeamten wird erst später zur Beratung gelangen, da der Mitinterpellant, Freiherr Heyl zu Hernsheim wegen Teilnahme an den Verhandlungen der hessischen Ständekammer einen Urlaub im Reichstag nachgesucht hat. Die beiden Interpellanten, Freiherr Heyl zu Hernsheim und Dr. Stresemann werden sich in die ihnen gestellte Aufgabe so teilen, daß Herr Freiherr Heyl zu Hernsheim zunächst die Begründung der Interpellation auf Grund der schon früher stattgehabten Reichstagsverhandlungen übernimmt. Sobald der Staatssekretär Graf v. Posadowsky die Interpellation beantwortet hat, wird alsdann der Reichstag in die Besprechung derselben eintreten und in dieser Herr Dr. Stresemann den Standpunkt der nationalliberalen Fraktion gegenüber den Erklärungen des Staatssekretärs präzisieren.

— Am Dienstag kam unser Abgeordneter Herr Dr. Stresemann im Reichstage zum Wort. Es handelte sich um die erste Beratung eines Gesetzentwurfs, betr. die Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907. Abgeordneter Droescher (kons.) empfahl die periodische Wiederkehr dieser wichtigen Zählung aller 10 bis 12 Jahre. Es müsse eine regelmäßige Erscheinung geschaffen werden. Das Verdienst, diese Zählung angeregt zu haben, gebühre dem verstorbenen Abgeordneten Roesicke-Dessau. Diese Zählung sei für die Vorarbeiten für die Invalidenversicherung und für die Witwen- und Waisenversorgung von allergrößter Bedeutung. Im Interesse einer schnellen Erledigung bat er namens seiner Partei von einer Kommissionsberatung abzusehen. Abgeordneter Dr. Doormann (freis. Vpt.) bedauerte, daß nicht dem Reichstage Formulare für die geplante Zählung zugegangen sind. Um dem Statistischen Amt das Leben nicht unnötig zu erschweren, wünschte auch er im Namen seiner Partei Erledigung der drei Lesungen im Plenum ohne Kommissionsberatung. Hierauf sprach Herr Dr. Stresemann (natl.): Meine Freunde stimmen dem Gesetzentwurf selbstverständlich im Prinzip zu, doch hoffen wir, daß die Wiederholung der Zählung in kürzeren Zeiträumen stattfinde. Eine Erledigung ohne Kommissionsberatung halten wir nicht für angängig, da wir keine Formulare der Fragebogen in Händen gehabt haben. Eine schnelle Kommissionsberatung halten wir aber für dringend erwünscht und werden in der Kommission für eine schleunige Erledigung sorgen. (Beifall.)

— Am Sonntag lief die Frist zur Einreichung von Wahlprotesten ab. Wie verlautet, sind gegen 77 Wahlen Proteste eingegangen.

— Die beiden Großherzöge von Mecklenburg haben den Landräten die Mitteilung gemacht, daß sie dem Landtage eine Vorlage zur Aenderung der Verfassung zugehen lassen wollen.

— Die Orientierungsreise des Kolonialdirektors Dernburg wird sich, wie die „Berl. N. N." hören, nicht nur auf den deutschen Kolonialbesitz in Afrika, sondern auch auf einen Teil des englischen südafrikanischen Besitzes erstrecken. Herr Dernburg tritt, unmittelbar nach der Verabschiedung des Kolonialetats im Reichstag seine Reise nach Ostafrika an, wo er in Begleitung des Gouverneurs Frhrn. v. Rechenberg alle für die wirtschaftliche Erschließung in nächster Zeit in Frage kommenden Gebiete besuchen wird. Von dort begibt Herr Dernburg sich nach Lourenço-Marques, dem Hafenort der Delagoa-Bai, und reist über Pretoria ins Innere der englischen Kolonie, um vor dem Betreten unserer südwestafrikanischen Kolonie sich durch den Augenschein zu überzeugen, was Englands koloniale Wirtschaftspolitik aus diesem dem benachbarten deutschen Besitz in vieler Beziehung ähnlichen Gebiet gemacht hat. Dauer und Ausdehnung der Reise wird lediglich davon abhängen, wann zur Vorbereitung des nächsten Kolonialetats seine Anwesenheit im Kolonialamt notwendig sein wird.

— Den sofortigen Ausschluß aller sozialdemokratischen Mitglieder aus der Freiwilligen Feuerwehr haben in Schleiz Führerschaft und Ausschuß beschlossen, nachdem von sozialdemokratischen Mitgliedern verlangt worden war, die amtlichen Bekanntmachungen auch in dem sozialdemokratischen Parteiblatt, der Tribüne in Gera, bekannt zu geben, und auch sonst noch versucht worden war, die Freiwillige Feuerwehr sozialdemokratisch zu beeinflussen.

— Berlin, 5. März. Dem Kolonial-Wirtschaftlichen Komitee wurde am 5. März durch den Königlich sächsischen Gesandten Graf Vitzthum von Eckstaedt das folgende Schreiben des Königs von Sachsen überreicht: „Das zehnjährige Bestehen des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees gibt Mir Anlaß, dem Verein in Anerkennung seiner erfolgreichen Tätigkeit bei der wirtschaftlichen Erschließung der deutschen Kolonien auf wissenschaftlicher Grundlage Meinen besten Glückwunsch zum Ausdruck zu bringen. Gleich den früheren Veröffentlichungen habe Ich den Mir kürzlich dargebotenen „Wirtschafts-Atlas der deutschen Kolonien" nebst den Abhandlungen über das Wirken des Komitees während der Jahre 1896–1906 dankbar entgegengenommen. Es gereicht Mir auch zur Freude, daß den Bestrebungen des Vereins seitens der wissenschaftlichen Kreise des Handels und der Industrie Meines Landes eine rege Teilnahme entgegen gebracht wird. Mit lebhaftem Interesse und mit eifrigsten Wünschen werde Ich auch ferner die nutzbringende und patriotische Tätigkeit des Komitees begleiten." (gez.) Friedrich August.

— England. Der englische Premierminister Campell-Bannermann tritt in einem Artikel der neuen englischen Wochenschrift „The Nation" für die Erörterung der Abrüstungsfrage auf der zweiten Haager Konferenz ein und sagt zum Schluß: Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß die Seemächte geneigt sein könnten, England als ein Hindernis für einen Vorschlag bezüglich eines Einhalts in den Rüstungen anzusehen. Die Wahrheit scheint in der entgegengesetzten Richtung zu liegen. Unser Festhalten an den beiden Prinzipien der Unabhängigkeit der Nationalitäten und der Freiheit des Handels berechtigt uns zu erklären, daß, wenn unsere Flotten unverwundbar sind, sie keine Drohung über die Meere tragen, sondern die Botschaft herzlichst guten Willens, der sich gründet auf den Glauben an die Interessengemeinschaft zwischen den Nationen.

— Rußland. In Petersburg hat am Dienstag die Eröffnung der Reichsduma im Taurischen Palais stattgefunden, in welchem auch wieder die Sitzungen abgehalten werden sollen. Zum Präsidenten wurde Golowin mit 331 Stimmen gewählt.

Lokale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock. Se. Majestät der König hat den seitherigen Hilfsbeamten auf Zwenkauer Revier präd. Oberförster Herrn Döring zum etatmäßigen Oberförster und Verwalter des Eibenstockers Reviers ernannt. — Herr Oberförster König, Hilfsbeamter auf Auersberger Revier, ist in gleicher Eigenschaft auf das Zwenkauer Revier versetzt. Herr Forstassessor Schröder, seither technischer Hilfsarbeiter bei der Oberforstmeisterei Bärenfels, ist zum Hilfsbeamten auf Auersberger Revier befördert.

— Eibenstock. Tribünenkarten für den Reichstag. Ueber die Vergebung der Tribünenkarten seitens der Abgeordneten im Reichstag herrschen vielfach noch irrige Vorstellungen. Nach dem bisherigen Modus stehen den 387 Abgeordneten des Reichstages 80 Plätze auf der Abgeordnetentribüne zur Verfügung, die nach der Stärke der Fraktionen an diese verteilt werden. So erhält z. B. die nationalliberale Fraktion täglich 13 Tribünenkarten zur Verteilung an ihre Mitglieder. Selbst bei 6 Sitzungstagen in der Woche entfallen somit auf die Fraktion nur 78 Karten für 60 Mitglieder pro Woche, daher hat jedes Mitglied, wenn man annimmt, daß nicht alle Abgeordneten stets anwesend sind, pro Woche etwa 2 Karten zur Verfügung. Durch den Beschluß des Seniorenkonventes, wonach noch die weiteren 40 Karten den Abgeordneten zur Verfügung gestellt werden sollen, wird sich die Möglichkeit ergeben, einem einzelnen Abgeordneten 2—3 Karten pro Woche zugänglich zu machen. Unter diesen Umständen ist es deshalb sehr wünschenswert, daß diejenigen Wähler, welche durch Vermittelung ihres Abgeordneten einen Platz auf den Tribünen des Hauses zu erlangen wünschen, sich etwa eine Woche vorher mit diesem in Verbindung setzen, da sonst keine Garantie für die Besorgung eines Platzes übernommen werden kann. Wir kommen einem Wunsche unseres Abgeordneten nach, wenn wir dies zur Kenntnis bringen, da es den Abgeordneten natürlich sehr unangenehm ist, etwaigen Wünschen ihrer Wähler in dieser Beziehung nicht entsprechen zu können, es aber häufig vorkommt, daß an einem Tage 4—5 Karten verlangt werden, während für die ganze Woche wie gesagt dem einzelnen Abgeordneten nur 2—3 Karten zur Verfügung stehen.

— Eibenstock, 5. März. Mehrere Fälschungen, Schwindeleien und Diebereien beging in der letzten Zeit ein wegen Diebstahls bereits vorbestrafter 16jähriger Lehrling von hier, der dadurch verschiedene hiesige Geschäftsleute um Waren von erheblichem Wert prellte. Unter anderem schwindelte er einem Eisenwarenhändler zwei wertvolle Teschins nebst Munition ab, indem er sich diesem als Beauftragten eines städtischen Beamten ausgab und gefälschte Briefe übergab. Das Bürschchen kam zur Haft, wurde aber, da seine ehrbaren Eltern hier wohnen, später wieder entlassen. — Außer diesem gelangte vor einigen Tagen ein ähnlicher Fall zur Anzeige, wo ein Fortbildungsschüler bei einem Mechaniker mehrere Taschenlampen gestohlen hatte.

— Schönheide. Bei der am vergangenen Freitag hier abgehaltenen Musterung der Militärpflichtigen aus den Ortschaften Neuheide, Ober- und Unterstützengrün wurden folgende Resultate erzielt: Aus Neuheide kamen 12 Militärpflichtige zur Musterung, davon waren 7 tauglich, 4 wurden für zur Zeit untauglich befunden und einer dem Landsturm zugewiesen. Aus Oberstützengrün gelangten 32 Mann zur Vorstellung, davon wurden 5 für tauglich und 22 für zur Zeit untauglich befunden, 5 Mann wurden dem Landsturm zugewiesen. Unterstützengrün stellte 31 Mann, hiervon wurden 6 dem Landsturm und 1 der Ersatz-Reserve überwiesen, 6 waren tauglich, 1 wurde für dauernd und 17 für zur Zeit untauglich befunden.

— Leipzig, 2. März. Der Schlosser Otto, der im April vorigen Jahres seine Ehefrau mit dem Beile erschlug und auf deren vermeintlichen Liebhaber, den Schlosser Nägler, einen Mordversuch verübte, ist als geisteskrank erklärt worden. Es ist nunmehr erwiesen, daß er die Bluttaten im Zustande geistiger Umnachtung verübt hat; er ist bereits einer Landesirrenanstalt überwiesen und das Strafverfahren gegen ihn eingestellt worden.

— Chemnitz, 4. März. Wie das „Chemn. Tagebl." berichtet, beabsichtigt der König, der Stadt Chemnitz in den Tagen vom 10. bis 12. April erneut einen Besuch abzustatten.

— Schneeberg, 3. März. Nachdem sich in Planitz bei Zwickau ebenfalls ein Erzgebirgszweigverein gebildet hat, besteht der Hauptverein nunmehr aus 74 Zweigvereinen mit weit über 10000 Mitgliedern.

— Markneukirchen, 4. März. In der Eisenbahnbau-Angelegenheit hielten die städtischen

SLUB
Wir führen Wissen.